

## Wer braucht Neofaschisten?

Springers Welt kommentierte am vergangenen Montag das brutale Auftreten von Neofaschisten in und um Dresden: "Die dringend nötige Debatte darüber, wie die braunen Horden würdiger und erfolgreicher isoliert und geächtet werden können, beginnt aber mit einem Eingeständnis: niemand kennt dafür gegenwärtig ein Rezept." Der Autor war entweder lange nicht mehr auf diesem Planeten oder er heuchelt, dass sich die Balken biegen. Wirksame Vorschläge zur Bekämpfung des braunen Spuks liegen de facto seit langem auf dem Tisch:

An erster Stelle ist das überfällige Verbot der NPD zu nennen, die sich auch jetzt wieder als der Kristallisationspunkt aller neofaschistischen Aktivitäten und Aktionen erwiesen hat.

Als zweites wäre die einfache Anwendung des Grundgesetzes und der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen gegenüber neofaschistischen Demonstrationen und Kundgebungen zu nennen. Rassismus, Völkerhetze, Gewaltverherrlichung stecken - meist völlig offen - in jeder braunen Aktion. Die Gerichte müssten die Gesetze nur anwenden.

Wenn und falls dann noch Neonazi-Aktionen stattfinden, wäre die Polizeitaktik zu ändern. Gäbe diese dem Schutz der Rechte von Demokraten und der demokratischen Rechte den Vorrang, könnte kaum noch eine braune Provokation stattfinden. Allein durch die vorstehenden Maßnahmen könnte der braune Sumpf weitgehend trockengelegt werden.

Wer - wie die herrschenden Parteien - dies und anderes seit Jahren mit fadenscheinigen Argumenten verweigert, setzt sich dem Verdacht aus, genau das nicht zu wollen. Der begleitende gesellschaftliche Diskurs erhärtet dies. Mehr oder weniger behutsam, aber immer stetig wird die Revision etlicher Ergebnisse des und die Zerstörung zahlreicher Gewissheiten nach dem zweiten Weltkrieg vorangetrieben.

Immer schon wurden die Vertriebenenverbände mit Steuermillionen gehätschelt. In den Stiftungsrat für das geplante Berliner "Zentrum für Vertreibung" soll jetzt die bekennende Revisionistin Erika Steinbach berufen werden. Aus Polen erhebt sich Protest gegen die CDU-Politikerin, die bis heute die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie verweigert. Was ist die Berufung Steinbachs für ein Signal an Neofaschisten?

Ein anderes Beispiel. Drei Jahre nacheinander produzieren die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten große Mehrteiler, in denen "die Deutschen" gegen jede historische Wahrheit vor allem als Opfer des zweiten Weltkrieges zu sehen sind. Themen sind (bezeichnenderweise) die Bombardierung Dresdens (2006), die "Vertreibung" (2007) und im letzten Jahr der Untergang der "Gustloff". Dazu kommen diverse

Spielfilme mit "menschlich-allzu-menschlichen" Hitlerdarstellungen und am Fließband Dokumentationen über den Faschismus, die die nötige Distanz nicht wahren. Was ist das für ein Signal des "Mainstreams" an Neofaschisten?

Warum aber werden Vorschläge zur Bekämpfung des Neofaschismus ignoriert und warum wird ihrem Gedankengut - wohlwollend interpretiert - nicht konsequent entgegengetreten? Warum werden stattdessen neofaschistische Themen immer wieder aufgegriffen?

Wir müssen fürchten, dass ein Teil der Antwort in den Übergriffen von Neofaschisten gegen Gewerkschafter und Linke nach der Dresdner Demonstration liegt. Schon einmal hatte man den Faschisten die Aufgabe (und später die ganze politische Macht) übertragen, die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen zu bekämpfen und schließlich zu zerschlagen. Ernstzunehmende Historiker sprechen davon, dies sei das letzte Mittel gewesen, den Kapitalismus nach der Krise von 1929 zu retten.

Nun stehen wir wieder in einer kapitalistischen Krise, die der damaligen gleicht. Viele - und "die da oben" ganz bestimmt - haben diese Situation vorausgesehen. Schon heute verbreiten Neofaschisten Angst und Schrecken, vor allem gegenüber denen, die in der Krise für ihre politischen und sozialen Rechte kämpfen. Darüber hinaus scheint es, als wolle man sich alle reaktionären politischen Optionen offenhalten. Prof. Wallerstein (Yale-University) sagt das Ende des Kapitalismus in spätestens 30 Jahren voraus. Er weiß nur nicht, ob es dann besser oder schlechter wird.

Sei es wie es sei; die konsequente Bekämpfung des Neofaschismus ist heute eine Grundvoraussetzung dafür, dass in Deutschland - einem der wirtschaftlich stärksten und politisch einflussreichsten Länder der Welt - eine positive Entwicklung überhaupt möglich bleibt.

*Adi Reiher*

---

 zurück

Artikel versenden